Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Kirchplatz Nr. 3.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Annahme: Schulzenstraße 17, Kirchplatz 3.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 224. Abendblatt. Donnerstag, den 14. Mai 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 13. Mai. In einem Theile der national-liberalen Presse ist behauptet worden, daß die Konservativen einen Wink „von oben" erhalten hätten, in der Adreßangelegenheit die einfache Tagesordnung anzunehmen. Offenbar soll damit angedeutet werden, daß diese Winke vom Grafen Bismarck gekommen seien und zwar aus Rancüne gegen die National-Liberalen wegen ihrer Abstimmung vom 22. April im Reichstag. Es ist indessen sinnlos, anzunehmen, daß bei großen Fragen der Politik die Gemüthsstimmung einen Einfluß ausüben könnte. Wenn Graf Bismarck sich mit den National-Liberalen auseinander zu setzen im Begriff steht, so geschieht dies aus dem Grunde, daß der Leiter der Politik eines Großstaates und des norddeutschen Bundes sich nicht durch die Motive einer einzelnen Fraktion bestimmen und beherrschen lassen kann. Die Führer der National-Liberalen wollten aber nichts Geringeres als die Bundesregierung in ihr Schlepptau nehmen, sie verlangten, daß die Gesetzentwürfe nach ihrem Sinne gemacht und die auswärtige Politik nach ihren Ansichten geleitet werde. Sie haben indessen dabei vergessen, daß die Majorität am 22. April eine zusammengesetzte war und daß die Bundes-Regierung nun dann den Beschlüssen der Majorität gemäß handeln könnte, wenn sie die Führerschaft über die Majorität besäße und diese ihre Beschlüsse in Uebereinstimmung mit der Regierung faßte. Da sich aber die einzelnen Fraktionen, aus denen die Majorität zusammengesetzt ist, um die Intentionen der Regierung gar nicht kümmern oder selbst regierungs- und bundesfeindlichen Zwecke verfolgen, so ist eine Beachtung der Majorität, daß sie die konstitutionellen Prinzipien empfehlen, unmöglich. Wenn in England das Prinzip festgehalten wird, daß die Regierung mit der Majorität zu gehen hat, so geschieht dies nur in der Voraussetzung, daß die Regierung auch die Führung des Hauses der Gemeinen besitzt, welche die Bundesregierung dem Reichstage gegenüber bekanntlich nicht hat. Die Majorität des Reichstags, die heute zusammen- und morgen auseinandergeht, würde dazu vorerst auch noch viel zu unzuverlässig sein. In derselben Presse wird weiter gesagt, daß die Rüstungen Frankreichs auf den Entschluß, die einfache Tagesordnung anzunehmen, Einfluß ausgeübt hätten. Es wird dies jedem Unbefangenen als Erdichtung erscheinen. Die Presse aber, welche mit ihrer Behauptung ihre Angst vor dem Auslande dokumentirt, sollte sich ihres Verfahrens schämen und sich vergegenwärtigen, daß es ein französisches Blatt unter seiner Würde halten würde, zu behaupten, daß ein Beschluß der französischen Legislatur aus Furcht vor Deutschland gefaßt worden sei. Mit Rücksicht auf Frankreich soll nach denselben Mittheilungen auch die Reise des Kronprinzen in Italien abgekürzt sein. Auch diese Mittheilung ist natürlich unwahr, wie schon daraus hervorgeht, daß die Reise des Prinzen durch ein Programm festgestellt und daß dieses Programm auch festgehalten worden ist. Endlich soll nach denselben Nachrichten die preußische Regierung von Frankreich über die Absichten interpellirt worden sein, die sie mit dem Zollparlament habe. Auch diese Nachricht gehört in das Bereich der Erdichtungen. Die Interpellation würde eine unberufene Einmischung in deutsche Angelegenheiten sein und der norddeutsche Bund ist stark genug, jede unbefugte Einmischung in seine innern Angelegenheiten mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Ebenso wie die bekanntlich gar nicht vorhandene Mainzer Frage, so würde auch eine fremde Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Zollparlaments eine Kriegsfrage in sich schließen. Die Regierung hält übrigens in dieser Beziehung fortdauernd an den Grundsätzen der Bismarck'schen Depesche vom 7. September v. J. fest, wonach die Bestimmung des Maßes, welches die Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland inne zu halten hat, der freien Entschließung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen bleibt. — Der König ist heute Vormittag zur Truppenbesichtigung nach Potsdam gereist und wird dort das Diner bei dem heute morgen aus Italien zurückgekehrten Kronprinzen einnehmen. — Das Centralbüreau des Zollvereins hat eine Vergleichung der gemeinschaftlichen Zolleinnahmen von Ein- und Ausgangsabgaben im Jahre 1867 mit dem Vorjahre zusammengestellt. Es waren im Jahre 1867 eingekommen 24,186,873 Thlr., und zwar 2,845,218 Thlr. mehr als im Vorjahre. Die Steigerung der Zolleinnahmen ist vorzüglich hervorgerufen durch einen umfangreichern Bezug von unbearbeiteten Tabacksblättern und Tabacksblättern und Tabacksfabrikaten, wofür der Grund in der beabsichtigten Erhöhung der Steuer für diesen Artikel liegt; durch die letzte günstig ausgefallene Ernte des Kaffee's, wodurch die Preise herabgingen und die Einfuhr sich steigerte; durch einen größern Eingang von Reis, der durch die hohen Getreide- und Kartoffelpreise bedingt war; durch großen Bezug von Wein, Seidenwaaren, wollenen Waaren u. s. w. Von Minderverzollungen, die einen irgend belangreichen Einfluß ausgeübt haben, sind nur die anzuführen, die bei Rohrzucker und bei Roheisen vorkamen.

Berlin, 14. Mai. Se. Maj. der König begab sich gestern Morgens 8 Uhr mit den Prinzen Karl, Albrecht Vater und Sohn, Alexander, dem Prinzen August von Würtemberg, dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und anderen fürstlichen Personen, sowie mit der Generalität und den zahlreich hier anwesenden fremdherrlichen Offizieren nach Potsdam, und wurde bei der Ankunft daselbst von dem Kronprinzen, welcher aus Italien zurückgekehrt ist, empfangen. An der Spitze der Königlichen Prinzen besichtigte der König zunächst im Lustgarten das Garde-Jäger-Bataillon und die Unteroffizier-Schule und ließ alsdann das 1. Garde-Regiment z. F. auf dem Bornstädter Felde verschiedene Exerzitien im Feuer ausführen. Mittags wohnte der König mit dem Kronprinzen der Festlichkeit bei, welche die Loge „Minerva" zur Feier ihres 100jährigen Bestehens veranstaltet hatte, speiste mit den Kronprinzlichen Herrschaften im Neuen Palais und kehrte darauf von dort hierher zurück.

— Zur Feier der Anwesenheit des Kronprinzen in Italien hat der Graf Franceeco Galvani demselben ein in Sonettform gehaltenes Gedicht gewidmet, das in einer großen Anzahl von Exemplaren dort verbreitet ist mit der Inschrift: „Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen von Preußen Friedrich Wilhelm, das freudig bewegte und dankbare Italien." Auf der andern Seite steht eine Biographie der Kronprinzen, von der eine Hälfte dem Antheil gewidmet ist, welchen derselbe an den Erfolgen in Böhmen gehabt hat.

— Vor einiger Zeit ist gemeldet worden, daß der König dem Theater in Kiel eine Unterstützung zugewiesen habe; jetzt hat er auch den Theatern in Posen und Breslau für Einrichtung einer Königl. Loge einen Beitrag bestimmt.

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck giebt morgen ein parlamentarisches Diner.

— Im Bundeskanzler-Amt wird mit großem Eifer an der Feststellung des Budgets für den norddeutschen Bund gearbeitet; es steht zu erwarten, daß die ganze Vorlage bald zum Abschluß gelangen wird. Die Gerüchte, daß die Berathung des Budgets im Reichstag nicht mehr in dieser Session, sondern erst in einer Herbstsession erfolgen werde, ist ganz falsch. In verschiedenen Positionen dürfte der Etat wohl eine Aenderung erfahren. Während z. B. der das Bundeskanzler-Amt betreffende Theil im laufenden Budget die Summe von 70,550 Thlr. aufweist, wird die Vorlage für 1869 178,350 Thlr. fordern. Die Erhöhung ist namentlich durch die Aufnahme des neuen Postens: Pension und Unterstützung für die Angehörigen der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee, der auf 76,000 Thlr. normirt ist, hervorgerufen. Bei den Besoldungen ist ein Mehr von 7300 Thlr. und für den Dispositionsfonds des Bundeskanzlers zu unvorhergesehenen Ausgaben ein Mehr von 20,000 Thlr. veranschlagt.

— Im Reichstage arbeiteten heute mehrere Kommissionen bis gegen 3 Uhr Nachmittags. Die Gewerbeordnungs-Kommission modifizirte mehrere Paragraphen, die Finanz-Kommission genehmigte den Anleiheentwurf für die Sulinamündung mit einer Abänderung in Betreff der Modifikation. Auch die Quartierleistungs- und die Genossenschafts-Kommission hielten Sitzungen.

— In den vom Kongreß norddeutscher Landwirthe in Betreff der Real-Kreditfrage beschlossenen Resolutionen sind drei Grundgedanken bestimmt ausgesprochen: 1) Die Reform einer Hypothekengesetzgebung, so dringend nothwendig und unaufschiebbar sie ist, kann an sich nur wenig zur Beseitigung der bestehenden Kreditnoth des Grundbesitzes und noch weniger zur Heilung der inneren Schäden unseres gesammten Realkreditwesens, wie es durch Gesetz und Gewohnheit sich herausgebildet hat, beitragen. Sie ist ein Hülfsmittel von nur sekundärem Werthe. 2) Die wirthschaftliche Reform ist es, auf die es ankommt. Die Vermischung des eigentlichen Real- mit dem Mobiliar- und oft sogar mit dem reinen Personalkredit, die Individual-Hypothek mit ihrer mehr oder weniger beliebigen Kündbarkeit, die Herabwürdigung des Grundbesitzes zu einem bloßen Objekt der Spekulation haben die gegenwärtige Noth erzeugt, und 3) um, für die Zukunft wenigstens, gesundere Grundlagen zu schaffen, ist für die Heilung dieser das innerste Wesen und die Bedeutung des Grundbesitzes vernichtenden Schäden Sorge zu tragen.

— Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden hat gestern ihre Berathungen beendigt und den Rest der noch unerledigten Paragraphen mit unwesentlichen Modifikationen angenommen, ebenso auch den vorgelegten Tarif unverändert genehmigt. Am Schluß des Gesetzes wurden noch folgende drei Resolutionen angenommen: den Bundeskanzler aufzufordern, 1) eine gesetzliche Regulirung der Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden, insbesondere auf Verpflegung und Vorspann, herbeizuführen; 2) bei den Artillerie-Schießübungen dafür Sorge zu tragen, daß die Soldaten in Baracken und Zelten untergebracht werden; 3) das Entschädigung die Leistungen der Bürgerschaft vollständig deckt. — Zum Referenten wurde der Abg. Stavenhagen (Randow) mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erstatten, ernannt.

— Der „H. B.-H." wird von hier geschrieben: „Am Sonnabend waren auf Anregung badischer Abgeordneter gegen 30 liberale süddeutsche Abgeordnete zusammengetreten, um im Einverständniß und auf Anregung ihrer Wähler darüber zu berathen, in welcher Weise man bei dem Zollparlamente dem Wunsche der Letzteren auf Theilnahme an einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Civil- und Kriminal-Gesetzgebung rc. Ausdruck verschaffen könnte. Wahrscheinlich wird man den Weg der Petition betreten. Eine Subkommission, welche Vorschläge machen soll, wurde gewählt und besteht aus den Abgg. Völk, M. Barth (welcher der Versammlung präsidirte), Bluntschli, Bamberger und Metz. Es waren übrigens alle Schattirungen süddeutscher Abgeordneten, mit Ausschluß der prinzipiellen Oppositionskreise, vertreten.

— In Betreff der Gewerbe-Ordnung gilt für wahrscheinlich, daß dieselbe nach der durchgreifenden Umarbeitung in der Kommission von dem Bundesrath zurückgezogen werden wird, um sie in der nächsten Session in veränderter Gestalt einzubringen.

— Die Worte des Abgeordneten Löwe in der Sitzung des Zollparlaments am 9. d. M.: „Preußen und das preußische Volk kennen keinen Haß gegen Oesterreich. .... Die Freundschaft Oesterreichs ist das sicherste Unterpfand für den europäischen Frieden!" — diese Worte finden in den österreichischen Blättern ein lebhaftes, sympathisches Echo. „Es ist eigenthümlich", sagt die „Presse", „daß ein solches Wort als Gegenrede gerade den Süddeutschen, unseren ehemaligen Alliirten, entgegengestellt wird. Das Zollparlament, die vollständigste Versammlung deutscher Abgeordneten seit der unglücklichen deutschen Nationalversammlung, hat die gemeinsame Aufgabe, materielle Interessen unter der Aegide höherer Einheit zu berathen und zu fördern. Von welchem Standpunkte man diese Aufgabe betrachtet, es kann nicht geleugnet werden, daß in solcher Gemeinsamkeit der lebensfähige Keim nationaler und politischer Einigung liege. Preußens Regierung hat die Wichtigkeit materieller Fortbildung in ihren eigenen Grenzen nie außer Acht gelassen. Von Olmütz bis Königgrätz hat man in Preußen eine gesunde Volkswirthschaft als unverrückbare Basis aller politischen Pläne angesehen. Die Erfolge waren unleugbar. Es ist nur konsequente, tadellose Logik, daß man auch nunmehr auf der Brücke materieller Gemeinsamkeit die Schranken politischer Absonderung zu überschreiten beginnt. Damit soll nicht gesagt sein, daß schon gegenwärtig eine Annexion Süddeutschlands im Programm des Grafen Bismarck stehe. Allein die Einheit der Interessen, diese unüberwindliche Gravitationskraft, will er hegen und pflegen und mit dem Zauberstabe des materiellen Vortheils die widerstrebenden Sondergelüste bezwingen. Und wenn dieser kräftigste Einfluß, wenn die dauerndste, innigste Verbindung durch die Pflege gemeinsamer Interessen hervorgebracht werden kann, so ist es erklärlich, warum die auf dem Wracke ihrer Selbstständigkeit herumschiffenden Süddeutschen sich möglichst der Gemeinsamkeit zu erwehren suchen. Wohl erklärt die materielle Intimität mit Oesterreich für unangemessen, angeblich weil die politische Verbindung aufgelöst sei. Der gesunde Menschenverstand eines Nichtseparatisten würde das Gegentheil lehren. Er müßte die materielle Beziehung als Theil-Ersatz, als Zukunftskeim für den verlorenen politischen Zusammenhang anstreben. Die süddeutschen Separatisten verwerfen den österreichischen Handelsvertrag, weil sie jeden Fortschritt der Einigung, jede Machtentwicklung der Bundeseinheit bekämpfen. Sie verfallen in denselben Fehler, den einst Metternich zum unheilbaren Leide Oesterreichs begangen. Die Bedeutung des Zollvereins in seinen ersten Anfängen war dem Minister völlig entgangen. Sein Blick war auf den Stern politischer Hegemonie gerichtet. Die fruchttragende Pflanze, die aus der gemeinen Erde sproß, übersah er, glaubte er übersehen zu dürfen. Was das heiße, wenn die Zollschranken der zweiunddreißig Vaterländer fallen würden, das erfaßte er nicht; es lag unter seinem Horizonte. Aus der wirthschaftlichen Isolirung, zu der er Oesterreich verurtheilte, entsprang dessen politische Hinfälligkeit. Es scheint nicht, daß unsere sonderbündlerischen Gegner vom Feinde gelernt hätten. Der Prager Friede, wie drückend er uns fiel, hat unsere Lage aufgeklärt. Das bleibt immerhin ein Vortheil, und in solcher Beziehung sind wir dem General Moltke zu Dank verpflichtet. Aus dieser Klarheit schreibt sichs her, daß wir der deutschen Entwickelung mit ruhigem Selbstbewußtsein zusehen dürfen. Wir fühlen es tief, daß unsere Ziele von denen der deutschen Nation auf die Länge nicht getrennt sind. Wir fühlen es, daß wir, Preußen und Oesterreich, jedes an seinem Seile mit dem Aufgebot aller Kräfte ziehend, gegen einen Punkt zustreben. Dieser Punkt ist keine politische Verschmelzung. Kein nationaler Schmerzensschrei spielt dabei eine Rolle. Dieser Punkt ist die größtmögliche wirthschaftliche Intimität der beiden großen mitteleuropäischen Staaten. Aus dieser materiellen Einigung erwachsen in Zukunft politische Zwecke: der Schutz deutscher Kultur gegen Osten, wie gegen Westen."

Karlsruhe, 10. Mai. Ein aus Kehl hierher gemeldeter Vorfall macht in den betreffenden Kreisen großes Aufsehen; so sehr man sich auch bemüht, denselben zu vertuschen, ist dennoch Folgendes in die Oeffentlichkeit über denselben gedrungen: Es soll nämlich, so wird unter der Hand erzählt, ein nach Straßburg neu ernannter französischer General, einer der enragirtesten Preußenfresser, vor Kurzem en grande tenue und umgeben von seinen Adjutanten und Ordonnanzen über die Kehler Brücke geritten sein, die badische Schildwache an dem lächerlichen Ding, das man den Kehler Brückenkopf nennt, quasi moralisch niedergeritten und sich auf deutschem Ufer höhnisch und bramarbasirend umgesehen haben. Der badische General v. Weiler, der Garnisons-Kommandant zu Kehl, soll hierüber an das Kriegsministerium berichtet haben und es seien in der Sache diplomatische Weiterungen im Gange.

Ausland.

Wien, 12. Mai. Der Budgetausschuß des diesseitigen Abgeordnetenhauses hat in der gestrigen Abendsitzung die Verhandlung über die Mittel zur Deckung des Defizits zur Entscheidung gebracht. Die Grundzüge der finanziellen Operation sind wenigstens festgesetzt worden. In der Morgensitzung sprach sich der Finanzminister Brestl über diese Grundzüge sehr ausführlich und zugleich bestimmt aus. Er meinte, nur dann könne von einem Bankerott die Rede sein, wenn die Staatsgläubiger allein zur Beseitigung des Defizits herangezogen würden; wenn dagegen auch sämmtliche steuerfähige Staatsbürger zur Deckung des Defizits ihre Beiträge leisten, so könne man nicht mehr von einem Bankerott sprechen. In der Abendsitzung stellte Dr. Banhans einen Antrag, in welchem letztere Ansicht des Ministers formulirt wurde. Der Pole Zyblinkewicz gab zwar dem Antrage die gefährlichere Wendung, daß „Behufs der Deckung des Defizits die Staatsgläubiger in dem nämlichen Maße herbeigezogen werden sollen, als die direkt Besteuerten zu Staatserfordernissen beitragen", drang aber damit nicht durch, und der Antrag des Dr. Banhans, welcher die steuerbaren Staatsbürger zur Deckung des Defizits nur heranzieht, um den Bankerott einigermaßen zu verdecken, ward angenommen. Desgleichen wurde der Antrag Sturm's mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen, wonach die Frage der Belastung der Zinsen der Staatsschuld und die Frage der Unifikation der Staatsschuld sofort definitiv zu entscheiden sei. Auch der Minister hatte sich in der Morgensitzung dahin ausgesprochen, daß die definitive Durchführung der Unifikation die Staatsgläubiger beruhigen und ihnen Sicherheit bieten würde; nur müsse er zugleich erklären, daß es eine Ungerechtigkeit sein würde, die steuerfreien Obligationen gleich den nichtsteuerfreien zur Besteuerung heranzuziehen. Im Ganzen ist durch die bisherigen Abstimmungen des Budgetausschusses entschieden, daß zur Ordnung der Finanzen ein Bankerott nothwendig sei. Die Heranziehung der Steuerzahler ist ein schwacher Trost für die Staatsgläubiger; ohnehin handelt es sich noch darum, wie Herr Brestl selbst gestern Abend erklärte, wieviel auf beide Theile zu entfallen habe. Den Schleier, den die herbeigezogenen Steuerzahler um den Bankerott bilden sollen, kann sehr dünn ausfallen, d. h. es kann sein, daß man ihnen wenig aufladet und die Hauptlast die Staatsgläubiger tragen läßt. In der öffentlichen Meinung, der z. B. das „Fremdenblatt" Ausdruck verleiht, ist man schon soweit, die Ehrlichkeit in dem offenen Eingeständniß des Bankerotts zu sehen. Das genannte Blatt meint, daß auch die Börsen bereits derselben Meinung seien und einen

heroischen Entschluß nicht übel nehmen würden, wie die Aufrechterhaltung der Course der österreichischen Staatspapiere trotz der allgemeinen Ueberzeugung von der Unvermeidlichkeit eines Bankerotts beweise. Die Börse werde momentane Verluste verschmerzen, wenn sie in einer gesicherten bessern Zukunft genügenden Ersatz finde.

— Die Lemberger „Gazeta Narodowa" gesteht nun selber ein, die Polenrede Fürst Czartoryskis in London sei mit dem Kaiser Napoleon abgemacht gewesen. Der Text, den das Blatt gleichzeitig mittheilt, ist eben so sehr gegen Preußen, als gegen Rußland gerichtet.

Wien, 13. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichsraths brachte Graf Taaffe, der Minister für Landesvertheidigung, den Gesetzentwurf ein, durch welchen die Rekrutenaushebung für das Jahr 1868 in der Höhe von 56,000 Mann gefordert wird. Das Herrenhaus genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Wuchergesetze mit den von dem Unterhause vorgenommenen Aenderungen.

Paris, 13. Mai. Der „Constitutionnel" weist die von den Journalen zu seinem Artikel über das Kriegsbudget gemachten Kommentare als unzutreffend von der Hand und sagt, die Opposition müsse den Mächten des Auslandes, nicht aber dem Kaiser eine Verminderung der Staatslasten abverlangen. Man solle sich doch der Ablehnung erinnern, welche die Kaiserlichen Vorschläge zur Abhaltung eines europäischen Kongresses ihrer Zeit erfahren hätten. Das Blatt wiederholt, daß allein im Wege der neuen Militär-Organisation eine Abrüstung in Zukunft möglich gemacht werden könnte.

Paris, 13. Mai. Der „Abend-Moniteur" sagt, die vom Kaiser zu Orleans gesprochenen Worte hätten den glücklichsten Eindruck gemacht. Inmitten der Beweise von lebhaftestem Patriotismus habe der Kaiser, indem er der Anhänglichkeit der berühmten Stadt an glorreichen Erinnerungen erwähnte, nur damit ein neues Pfand für die Politik der Beruhigung geben wollen, welche die Politik Frankreichs sei.

— Man weissagt dem Minister des Innern, Hrn. Pinard, den baldigen Sturz in Folge der Intrigue, die er gegen den Generaldirektor in seinem Ressort, Herrn St. Paul, eingefädelt, um den Einfluß desselben, der ihm selber unbequem war, zu schmälern. Er hat sich dadurch, wie in dem gestrigen Pariser Bericht schon angedeutet wurde, in Gegnerschaft mit Rouher gestellt, die ihm früher oder später gefährlich werden muß. Herr Laguerronnière läßt sich schon als präsumtiven Nachfolger nennen, indessen hat Derjenige, der der Anlaß zu der Erschütterung der Stellung Pinards war, Herr de St. Paul selbst, die meisten Chancen." Da allem Anschein nach der Kaiser Napoleon eine liberalere Bahn allen Ernstes betreten und Frankreich allmälig zu einem wirklich konstitutionellen Staate machen will, so paßt der ultramontane, engherzige Pinard mit seinem Haß gegen die Presse auch nicht für das neue System und muß deshalb eliminirt werden.

London, 11. Mai. Von Seiten der Konservativen und unter dem Vorsitze des Lord-Mayor wird kommenden Montag (18.) ein großes „Kirchen- und Staatsmeeting" im Cannonstreet-Hotel abgehalten werden.

— Aus Ashton-under-Lyne trifft die Nachricht von argen Ruhestörungen ein, die am verwichenen Abend dort stattgefunden. Der fanatische Orangisten-Prediger Murphy hat euch dort seine Anhänger, und zwischen diesen und den irischen Katholiken kam es in einem hauptsächlich irischen Quartier zum heftigen Kampfe. Genaue Details sind noch nicht bekannt, indessen sind dem Vernehmen nach mehrere Personen verwundet und ein Mann getödtet. Eine bedeutende Anzahl Spezialkonstabler sind eingeschworen, aber die Aufregung dauert noch fort.

London, 13. Mai. Im Unterhause beantragte Ewart, daß die Bill über Regelung der Maße und Gewichte nach dem metrischen System die zweite Lesung passire. Dies wurde im Hause mit 217 gegen 65 Stimmen genehmigt, jedoch unter der Bedingung, daß die Bill zunächst in kein weiteres Stadium geführt werde, bis der Bericht der mit der Begutachtung beauftragten Kommission zu Händen gelangt sein würde. — Die von Gladstone, als nächste Folge seiner angenommenen Resolutionen bezeichnete Einbringung einer Präliminar-Bill über die irische Kirchenfrage, zu dem Zweck, neuen Ausstellungen in der irischen Kirche vorzubeugen, ist vertagt worden.

Stockholm, 9. Mai. Endlich hat eine gemeinschaftliche Sitzung des Reichstages die Entscheidung über die Eisenbahnbauten gebracht und beschlossen, daß für 1869 eine Extrasumme von 30,090,000 Rdr. für den Bau der Nordwestbahn bewilligt werden soll. Sonach ist in einigen Jahren die vollständige Verbindung Schwedens und Norwegens durch eine Eisenbahn zu erwarten, welche die Endpunkte Malmoe, Stockholm, Gothenburg und Christiania in sich faßt. Es ist übrigens unverkennbar, daß die Verwaltung eine vortreffliche ist, und daß kein Reisender Grund hat, sich über die Bahnbeamten zu beschweren; es herrscht überall die größte Aufmerksamkeit und beste Verpflegung. — Von der Ministerkrisis ist es wieder still geworden, die dafür berichteten Gründe sind einstweilen verschollen, und es scheint fast, daß Alles beim Alten bleibt. Das Interesse des Staates erheischt eine ruhige neutrale Haltung, und die im Reichstage vorwaltende Richtung nach Sparsamkeit wird von keinem andern Minister umgewandelt werden können. Dabei wird vom Gouvernement immer Sorge getragen, daß militärische oder wissenschaftliche Reisen auf Staatskosten erfolgen, sowie jetzt das Postdampfschiff „Sophia" zu einer neuen Nordpol-Expedition bewilligt worden ist, welche der Direktor der naturhistorischen Abtheilung des Reichs-Museums, Professor Nordenskjöld, unternehmen will.

Konstantinopel, 11. Mai. Der Kronprinz Friedrich von Dänemark ist am Sonnabend, von Athen kommend, auf kurzen Besuch hier eingetroffen. — Der Sultan begab sich gestern in Gala zur hohen Pforte, um den herkömmlichen Neujahrsbesuch abzustatten und den neuen Staatsrath feierlich zu eröffnen, wobei derselbe die in Vorschlag gekommenen Reformen bestätigte und erklärte, Gleichheit vor Recht und Gesetz unter seinen Unterthanen herstellen zu wollen.

Bukarest, 12. Mai. In der Kammer sind für die nächsten Tage Interpellationen über die jüngsten Ruhestörungen in Giurgewo und Baléo, sowie über die Eisenbahnfrage angemeldet worden. Die Kammer hat ein Amendement zur Ruralgesetzgebung verworfen, wonach jeder Fremde bei der Niederlassung in einer Landgemeinde vorher die Naturalisation nachsuchen sollte.

Belgrad, 12. Mai. Für die Volksmiliz sind Uebungen in großem Maßstabe angeordnet; die Miliz wird hierzu in Lagern konzentrirt werden.

Amerika. Mexiko kann noch immer nicht zur Ruhe kommen, es wird via Havanna unterm 25. April berichtet: Unter Negrete sind 500 Mann gegen die Regierung unter den Waffen, auch in Sinaloa dauert der Kampf der 3000 Mann starken Rebellen gegen 5000 Mann Regierungstruppen fort. Der Handel von Vera-Cruz und anderen Städten ist vollständig paralysirt; die Baumwoll-Ernte war von Raupen zerstört. Ortega's Partei macht lebhafte Anstrengungen und hatte sich mit Negrete, Leon, Galvez, Vicario, Zertuche und anderen Bandenführern verbunden. In Balize dauert der Racenkrieg fort, die Engländer gewinnen an Boden.

— Aus St. Domingo wird vom 20. April gemeldet, daß General Baez den Eid als Präsident der Republik geleistet habe. Der zur Amendirung der Konstitution tagende Kongreß beschloß ferner, Samana zu einem Freihafen und zu einer allgemeinen neutralen Post- und Telegraphenstation zu machen. — Der Banquier Jehurum und Oberst Fabens sind mit Negotiation eines Anlehens beauftragt worden und haben sich nach Havanna begeben, um von dort aus wegen des Verkaufs der Bai von Samana an die Vereinigten Staaten mit dem ersten Dampfer nach Newyork abzureisen. In St. Domingo erwartet man jeden Augenblick den Ausbruch eines von General Lupron und Expräsidenten Cabral verbreiteten Aufstandes gegen Baez. — In Hayti dauert, den neuesten Nachrichten zufolge, der Krieg noch immer fort. Die Cacos sollen angeblich von amerikanischen Offizieren befehligt werden und Präsident Salnave täglich an Terrain verlieren. Der Versuch des Generals Chevalier, Letzteren zu verstärken, mißlang. Die unter seinem Kommando stehende Abtheilung wurde von den Cacos geschlagen und sicherte sich nur mit Mühe den Rückzug nach Kap Hayti.

Pommern.

Stettin, 14. Mai. Die Jurisprudenz hat gut reden, wenn sie von dem Grundsatz ausgeht, Jedermann müsse die Gesetze kennen, mit der Unkenntniß derselben könne man sich nicht entschuldigen. Wer — auch selbst unter sonst Gesetzkundigen — wird ein Verbrechen zu begehen glauben, wenn er von einem durch Zufall unbrauchbar gewordenen Franko-Couvert die Stempelmarke ausschneidet und sie durch Aufkleben auf ein anderes Couvert zur Frankatur verwendet? Gewiß wird so leicht Keiner auf den Gedanken kommen, daß in diesem Falle — die Anfertigung einer unechten Postfreimarke vorliege und den Uebelthäter zu drei Monaten Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte für die Dauer eines Jahres verurtheilt. Das Obertribunal hat die hiergegen eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen! Die Entscheidungen gehen davon aus, daß das Couvert bereits entwerthet gewesen sei, durch das Ausschneiden des Stempels und dessen Aufkleben auf ein anderes Couvert diesem also mit Verwendung eines entwertheten, das Ansehen eines noch verwendbaren Couverts zu geben beabsichtigt wurde.

— Ein neuer Erlaß des Ministers des Innern bezieht sich auf die Prüfung gewählter Magistrats-Mitglieder. Durch frühere Ministerial-Instruktion war nämlich den Bezirks-Regierungen die Befugniß ertheilt, eine Prüfung gewählter Magistrats-Mitglieder anzuordnen, falls für die Ertheilung der Staats-Bestätigung der vorherige Nachweis der Befähigung erforderlich erscheine. In einer Verfügung vom 5. d. M. hat der Minister des Innern sich dahin ausgesprochen, daß jene Bestimmung im Wesentlichen nur den Zweck habe, dem Gewählten in seinem eigenen Interesse, bezüglich zu Gunsten des kommunalen Wahlrechtes Gelegenheit zu bieten, etwaige der Bestätigung entgegenstehende Zweifel in Betreff seiner Befähigung durch eine Prüfung zu beseitigen. Der Minister hat daher, um die in Rede stehende Befugniß mit der grundsätzlichen Bedeutung des städtischen Wahlrechts in Einklang zu erhalten, die Königlichen Regierungen angewiesen, vorkommenden Falles dem gewählten Magistrats-Mitgliede, gegen dessen Befähigung erhebliche Bedenken obwalten, lediglich anheim zu geben, ob dasselbe sich zur Beseitigung der seiner Bestätigung entgenstehenden Hindernisse einer Prüfung unterziehen will, und nur auf einen betreffenden Antrag eine solche Prüfung vorzunehmen.

— In nächster Zukunft wird für die Provinz Pommern ein neues Predigerseminar in Frauendorf bei Stettin eröffnet werden. Die Oberaufsicht über dasselbe führt der Oberkirchenrath, das Ephorat über dasselbe ist dem Generalsuperintenten der Provinz Pommern übertragen und die unmittelbare Leitung über dasselbe hat ein Inspektor, zu welcher zur Zeit der Pfarrer Natzius ernannt worden ist. Aufnahme in das Seminar soll denjenigen Kandidaten der evangelischen Theologie zunächst aus der Provinz Pommern gewährt werden, welche die zweite und erste Prüfung bestanden und eine zufriedenstellende Befähigung bekundet haben. Für das Seminar sind einstweilen 8 Stipendien gestiftet worden, welche vom Oberkirchenrath verliehen werden. Die Stipendienten erhalten außer freier Wohnung und Beköstigung noch eine baare Unterstützung von 60 Thlr. Dafür haben sie die Verpflichtung zu übernehmen, sich nach der Ermessen der Behörde auch für Zwecke der militärischen Seelsorge verwenden zu lassen.

— Der praktische Arzt ꝛc. Dr Löwenstein zu Friedeberg i. d. Nm. ist zum Kreis-Physikus des Kreises Rummelsburg ernannt worden.

— Nach den neueren Festsetzungen muß von jedem Norddeutschen (also jedem dem norddeutschen Bunde Angehörigen), welcher in das militärpflichtige Alter eingetreten ist, bei einem Wohnortswechsel die Behörde, bei welcher sich der Neuanziehende nach dem Freizügigkeits Bundesgesetze zu melden hat, bei Feststellung seiner Identität sich auch darüber den Ausweis führen lassen, ob und in welcher Weise derselbe seiner Militärpflicht in dem stehenden Heere oder der aktiven Marine und in der Landwehr oder Seewehr genügt hat, eventuell in wie fern er noch militärpflichtig ist. Derselbe Nachweis muß bei Verheirathungen, beziehentlich Begründung eines eigenen Hausstandes geführt werden, ferner bei Nachsuchung der Konzession zur Betreibung eines konzessionspflichtigen Gewerbes, bei Nachsuchung einer Reise-Legitimation, der Entlassung aus dem Staatsangehörigkeits-Verhältnisse, bei Anstellungen oder diätarischen Beschäftigungen in Staats- oder Gemeinde-Diensten, bei Anfertigung der Seemannsbücher und Aufnahme der Heuerverträge, beziehentlich bei der Anmusterung. Die betreffende Behörde hat jedesmal die vorgedachten Ausweise sich durch die Militärpapiere führen zu lassen.

— Bei der Telegraphenstation in Wollin wird am 1. Juni c. der volle Tagesdienst eingeführt werden.

— In den Tagen vom 9. Mai bis inkl. 13. Mai wurden hier an Getreide eingeführt: 1918 Wspl. 17 Scheffel Weizen, 1040 Wspl. 22 Schffl. Roggen, 1282 Wspl. 22 Schffl. Gerste, 521 Wspl. 5 Schffl. Hafer, 260 Wspl. 4 Schffl. Erbsen, 338 Wspl. 21 Schffl. Kartoffeln.

— Der bei einem Reparaturbau in Pommerensdorf beschäftigte Zimmergeselle Radloff fiel gestern Nachmittag aus einer Höhe von nur 17 Fuß herab, war aber dennoch auf der Stelle todt. —

— Der nach einem in der Brusttasche seines Rockes befindlich gewesenen Attest am 20. v. Mts. aus dem hiesigen Krankenhause als geheilt entlassene Arbeiter Marwitz, ein obdachloses Individuum, ist gestern in der Nähe der Pasewalker Chausee in einem zum Gute Wendorf gehörigen Kleeschlage als Leiche aufgefunden.

— Vorgestern Abend gegen 9 Uhr entstand in einem Zimmer des Hauses Mittwochstraße Nr. 19 ein Gardinenbrand, welcher sich insoweit ausdehnte, als zwei Shawls, eine Sophadecke und ein Kleid theils verbrannten, theils stark beschädigt wurden. Ein Zugwind, welcher die Gardine gegen eine auf der nahe stehenden Kommode befindliche Lampe trieb, war die Ursache des Feuers, welches sofort, ohne Hülfe der Feuerwehr, gelöscht wurde.

Vermischtes.

— (Eine gefährliche Fahrt.) Ein von Ober-Italien kommender Zug schwebte jüngst in gräßlicher Gefahr. Die Apenninenbahn zwischen Bologna und Pistoja hat häufig ein sehr starkes Gefäll (von 1 : 40) und so kam dieser Zug von 40 Wagen beim Herunterfahren plötzlich in's Laufen, so daß alle Versuche, zu bremsen, vergeblich waren, und der Zug unaufhaltsam die Apenninen herunterraste. Die Zugführer gaben alle Hoffnung auf und wiederholten fortwährend die Nothsignale. Da hatte ein Bahnwärter den guten Gedanken, mit kaltblütiger Entschlossenheit den Wechsel so zu stellen, daß der Zug nicht mehr in der ursprünglichen Richtung weiter konnte, sondern in eine Seitenbahn eingelenkt wurde, welche nach einem Steinbruch führt. Dadurch war der Zug gerettet.

London, 9. Mai. Bei gedrängt vollem Hause trat vorgestern Pauline Lucca für diese Saison zum ersten Male als Zerline in „Fra Diavolo" auf. Sie wurde mit stürmischen Applaus empfangen und nach jedem Akt hervorgerufen. — Vater Patti, der, wie es heißt, einer Verbindung der Diva mit dem Marquis de Caux durchaus nicht geneigt ist, dementirt heute in einer kurzen Zuschrift an die hiesigen Blätter die im Pariser „Figaro" aufgetauchte und in die hiesigen Zeitungen übergangene Nachricht, daß die Vermählung bereits eine vollzogene Thatsache sei.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 13. Mai, Vormittags. Angekommene Schiffe: Donia, Carlsson von Stockholm. Skjoldmoen, Hansen von Bergen. Jenny, Niejahr —. Anna, Krüger; Dorothea, Raddatz; Hebe, Pflugard; Maria, Holzerland von Memel. Saxon (SD), Ingram von London. Wind SO. Revier $14\frac{1}{8}$ F. Strom ausgehend.

— 13. Mai, Nachm. Vineta (SD), Lauter von Königsberg. Wind SO. Revier $14\frac{1}{8}$ F. Strom ausgehend.

Börsen-Berichte.

Stettin, 14. Mai. Witterung: schön. Temperatur + 18° R. Wind: S.

An der Börse.

Weizen Termine niedriger, schließt etwas fester, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 90—100 Rt., bunter 90-96 Rt., ungarischer 85—92 Rt., geringer 80—84 Rt., weißer 96—104 Rt., per 83—85pfd. Mai-Juni 95, 94, 95 Rt. bez., $94\frac{3}{4}$ Br., Juni-Juli 93, 92, $92\frac{3}{4}$ Rt. bez., 93 Br., $92\frac{1}{2}$ Gd., Sept.-Okt. 79, $79\frac{1}{4}$ bez. u. Gd.

Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco 62—67 Rt., 80pfd. 68 Rt., pr. Mai-Juni $62\frac{1}{4}$, $\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd., Juni-Juli 62, $62\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Br., $\frac{1}{4}$ Gd., Juli-August 59 Rt. nom., September-Oktober 56 Rt. nom.

Gerste flau, per 1750 Pfd. loco schlesische, mährische u. ungarische 49—51 Rt.

Hafer flauer, per 1300 Pfd. loco 35—$36\frac{1}{2}$ Rt. bez., 47—50pfd. per Mai-Juni u. Juni-Juli 36 Rt. bez.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Futter- 60—64 Rt., bessere Sorten 67 Rt. bez., Koch- 68—70 Rt.

Rüböl stille, loco $10\frac{1}{8}$ Rt. Br., Mai 10 Rt. Br., Juli-August 10 Rt. Gd, September-Oktober $10\frac{1}{6}$ Rt. Br., $\frac{1}{12}$ Gd.

Spiritus wenig verändert,, loco ohne Faß $19\frac{1}{12}$ Rt. bez., mit Faß $18\frac{3}{4}$, $\frac{5}{6}$ Rt. bez., Mai-Juni 19 Rt. Br., $18\frac{7}{8}$ Gd., Juni-Juli $19\frac{1}{12}$ Rt. bez. u. Br., 19 Gd., Juli-August $19\frac{1}{3}$ Rt. Br., $\frac{1}{4}$ Gd., August-Sept. $19\frac{1}{2}$ Gd., Septbr.-Oktober $18\frac{1}{2}$ Rt. Gd.

Angemeldet. 200 Wspl. Roggen, 100 Wspl. Hafer.

Regulirungs-Preise: Weizen 95, Roggen $62\frac{1}{2}$, Hafer 36, Rüböl 10, Spiritus 19.

Berlin, 14. Mai, 2 Uhr 5 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine $84\frac{1}{8}$ bez. Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$ % $95\frac{1}{4}$ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 137 bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien $93\frac{3}{4}$ bez. Oesterr. National-Anleihe $54\frac{3}{8}$ bez. Pomm. Pfandbriefe $85\frac{5}{8}$ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien $186\frac{3}{4}$ bez. Wien 2 Mt. $86\frac{1}{2}$ bez. London 3 Mt. 6. $23\frac{3}{4}$ bez. Paris 2 Mt. $81\frac{1}{6}$ bez. Hamburg 2 Mt. $150\frac{3}{4}$ bez. Mecklenburger Eisenbahn-Aktien 74 bez. Oesterr. Banknoten $87\frac{3}{8}$ bez. Russ. Banknoten $83\frac{3}{4}$ bez. Amerikaner 6 % $76\frac{1}{2}$ bez.

Weizen pr. Mai $87\frac{1}{2}$, $85\frac{1}{2}$ bez. Roggen pr. Mai 62, $62\frac{1}{2}$ bez., Mai-Juni $61\frac{3}{4}$, $62\frac{1}{2}$ bez., Juni-Juli 61, $61\frac{1}{2}$ bez. Rüböl loco 10 bez., Mai-Juni $10\frac{1}{8}$, $\frac{1}{12}$ bez., Sept.-Oktober $10\frac{1}{6}$ bez. Spiritus loco $18\frac{7}{8}$ bez., Mai-Juni $18\frac{3}{4}$, $\frac{2}{3}$ bez., Juni-Juli $18\frac{7}{8}$, $\frac{2}{3}$ bez., Juli-August $19\frac{1}{8}$, $18\frac{7}{8}$ bez.

Breslau, 13. Mai. Spiritus per 8000 Prozent Tr. $18\frac{1}{12}$. Roggen per Mai $60\frac{3}{4}$., per Mai-Juni $60\frac{1}{6}$. Rüböl pr. Mai-Juni $9\frac{2}{3}$, do. pr. Herbst $9\frac{11}{12}$. Zink matt.

Hamburg, 13. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen auf Termine fester. Weizen pr. Mai 5400 Pfd. netto 172 Bankothaler Br., 171 Gd., pr. Mai-Juni 166 Br., 165 Gd., pr. Juli-August 155 Br., 154 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfd. Brutto 120 Br., 119 Gd., per Mai-Juni 115 Br., 114 Gd., per Juli-August 106 Br., $105\frac{1}{2}$ Gd. Hafer stille. Rüböl stille, loco $21\frac{3}{4}$, per Mai $21\frac{3}{4}$, per Oktober $22\frac{5}{6}$. Spiritus ohne Kauflust. Kaffee ruhig. Zink unverändert. — Sehr schönes Wetter.

Amsterdam, 13. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine fest, sonst still, per Mai 248, per Juni 232, per Juli 227. Raps per Oktober 65. Rüböl per Nov.-Dez. $34\frac{3}{8}$.

London, 13. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 11,470, Gerste 1290, Hafer 7590 Quarters.

Englischer Weizen zu Montagspreisen gehandelt, für fremde kaum Käufer am Markte. Gerste unverändert. Hafer angenehm. Leinöl ab Hull loco $32\frac{3}{4}$. — Sehr schönes Wetter.